

AGF Europa News

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – September 2015

Inhalt

Nachrichten aus der COFACE	1
Nachrichten aus den EU-Institutionen	1
EU-Kommission: Eingliederungsprogramme für Langzeitarbeitslose.....	1
Europa-Rat: Konferenz zu frühkindlicher Mehrsprachigkeit.....	1
Europäischer Gerichtshof: Urteil bestätigt Recht auf Elternurlaub als individuelles Recht	2
Europäischer Gerichtshof: Urteil zum Ausschluss von Sozialleistungen für EU-Bürger.....	2
Trilog zu Verfahrensgarantien für Kinder im Strafverfahren.	2
Europaparlament: Schriftliche Erklärung zu Investitionen in Kinder.....	3
EESC: EU beginnt Debatte über sozialpolitische Grundsätze.....	3
Nachrichten aus den europäischen Staaten	4
Tschechische Republik: Einheitliches Kinderschutzsystem angemahnt	4
Frankreich: Petition für ein vegetarisches Schulmenü	4
Schweiz: Zusätzliche Unterstützung für die familienergänzende Kinderbetreuung	4
Österreich: Großeltern als Nachmittagsbetreuung die Regel- Angebote an Schulen fehlen	4
Schweiz: Übersicht über familienpolitische Positionen im Wahljahr 2015	5
Weitere Nachrichten	5
Vereinte Nationen beschließen Ziele für nachhaltige Entwicklung	5
Ausbildungsprojekte für Flüchtlingskinder in der Türkei.....	6
Eurochild wurde beratender Status bei den UN eingeräumt.....	6
Luxemburg: Europäische Jugendkonferenz.....	6
Europäischer Gewerkschaftsbund: Projekt - Sicher zu Hause, sicher am Arbeitsplatz	7
Berichte und Studien	7
EU-Kommissionsberichte: Dritter europäischer Jugendbericht und Steuerung der Jugendgarantie.....	7
Eurofound-Berichte: Soziale Inklusion junger Menschen und Zugang zu Sozialleistungen	7
EuroHealthNet-Bericht: Will the 2015 CSR contribute to health equity?	7
FEMM-Berichte: The Policy of Gender Equality in Sweden und Ireland (update 2015).....	8
OECD- Bericht zum Einsatz von Computern an Schulen	8
FRA-Studie: EU-Agentur für Grundrechte zur medizinischen Behandlung von Migranten.....	8
EIGE-Report zum Risiko von Genitalverstümmelung bei Mädchen in der EU.....	8
EIGE: Gender-Equality-Index	9
Bevorstehende Veranstaltungen	9

Nachrichten aus der COFACE

Anlässlich des außerordentlichen informellen Treffens der Staats- und Regierungschefs zur Flüchtlingsfrage am 23. September 2015 in Brüssel verlangte die COFACE in einer Pressemitteilung schnelle und gemeinsame Aktivitäten zum Wohl der geflohenen Kinder und Familien. Diese bräuchten leichten Zugang zu Informationen, schnelle Orientierung bezüglich sicherer, sauberer und warmer Unterkünfte und insbesondere Kinder müssen zur Ruhe kommen können. Die COFACE fordert die europäischen Staats- und Regierungschefs eindringlich auf, Mitgefühl zu zeigen und sich schnell und zielgerichtet auf ein gemeinsames Handeln zu einigen, das denen Schutz anbietet, die aus unerträglichen Bedingungen in ihren Heimatländern fliehen oder sich aus überfüllten Flüchtlingslagern in der Türkei oder anderswo auf den Weg machen.

- [Pressemitteilung der COFACE](#) 

Nachrichten aus den EU-Institutionen

EU-Kommission: Eingliederungsprogramme für Langzeitarbeitslose

Die Kommission will verstärkt das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit angehen und hat am 17. September 2015 Leitlinien vorgelegt, die eine Rückkehr von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt innerhalb von 18 Monaten ermöglichen sollen.

Langzeitarbeitslosigkeit könne insbesondere Armut und soziale Ausgrenzung zur Folge haben und würde an die Kinder „vererbt“, da diese nachweislich schwächere schulische Leistungen erbringen, so die Kommission. Eine Erwerbstätigkeit würde sowohl den betroffenen Arbeitskräften als auch ihren Familien einen Weg aus der Armut eröffnen, da die Hälfte derjenigen, die einen Arbeitsplatz finden, dem Armutsrisiko entkommen würden. Um den Langzeitarbeitslosen wieder einen Job zu verschaffen, sollten die EU-Staaten etwa Arbeitgebern gezielte finanzielle Anreize anbieten. Als weitere mögliche Hilfen für die Betroffenen zählt die Kommission Unterstützung bei der Arbeitssuche, Fortbildung, Kinderbetreuung und Gesundheitsversorgungsangebote auf. Zur Finanzierung solcher Angebote könnten die Mitgliedstaaten auf Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds zurückgreifen.




Derzeit sind 12 Millionen Menschen in der EU seit mehr als einem Jahr arbeitslos, 60 Prozent davon sogar seit über zwei Jahren. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen hat sich von 2007 bis 2014 verdoppelt, Deutschland ist das einzige Land, in dem sie seit 2008 kaum gestiegen ist.

- [Vorschlag der Kommission für eine Empfehlung des Rates \(Langfassung\)](#) 

Europa-Rat: Konferenz zu frühkindlicher Mehrsprachigkeit

Auf Einladung des luxemburgischen Ratsvorsitzes fand am 10. und 11. September 2015 eine Konferenz zur Vielfalt und Mehrsprachigkeit in der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung in Luxemburg statt. Ziel der Veranstaltung war die ausführliche Diskussion mit Fachleuten aus den Mitgliedstaaten zum Qualitätsrahmen für frühkindliche Bildung und Betreuung, der im Oktober 2014 von der zuständigen europäischen Expertengruppe vorgestellt wurde. Der EU-Kommissar Tibor Navracsics erläuterte, Beschäftigung sei das beste Mittel, um Teilhabe zu stärken. Jedoch würden nur hochwertige Bildungsangebote es ermöglichen, Arbeit zu finden. Er begrüßte die Fortschritte auf europäischer Ebene, so sei auch das EU-2020-Ziel einer Teilnahmequote vierjähriger Kinder an einer Vorschulerziehung von 95% fast erreicht. Andererseits sei es inakzeptabel, dass in vielen Staaten Europas für viele Kinder keine

Kinderbetreuungsmöglichkeit bestünde. Er mahnte die Mitgliedstaaten, Ausgaben im Bildungsbereich nicht weiter zu kürzen. Es müsse das Ziel frühkindlicher Bildung sein, so früh wie möglich Ungleichheiten abzubauen und gleichzeitig Vielfalt zu fördern. Kontrovers diskutiert wurde, ob eine Testung von Kindern im frühkindlichen Bereich notwendig und legitim sei. Die Schlussfolgerungen der Konferenz sollen den für Bildung zuständigen Ministerinnen und Ministern bei der Ratstagung im November 2015 vorgestellt werden.

- [Vorschlag für die Leitlinien eines Qualitätsrahmens](#) 
- [Zusammenfassung der Ergebnisse der Konferenz](#)  

Europäischer Gerichtshof: Urteil bestätigt Recht auf Elternurlaub als individuelles Recht

Nach dem Urteil des EuGH vom Juli 2015 sind nationale Rechtsvorschriften, die einem Beamten das Recht auf Elternurlaub vorenthalten, wenn seine Ehegattin nicht erwerbstätig ist oder keinerlei Berufstätigkeit ausübt, nicht mit EU-Recht vereinbar. Der Gerichtshof sah darin sowohl einen Verstoß gegen die Richtlinie 96/34/EG zu der von UNICE, CEEP und EGB geschlossenen Rahmenvereinbarung über Elternurlaub (Vorgängerrichtlinie der Richtlinie 2010/18/EU) als auch gegen die Richtlinie 2006/54/EG zur Verwirklichung des Grundsatzes der Chancengleichheit und Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen.

Nach griechischem Recht hat ein Beamter generell keinen Anspruch auf bezahlten Elternurlaub, wenn seine Gattin nicht erwerbstätig ist. Eine Ausnahme gilt nur, wenn sie aufgrund einer Erkrankung oder Verletzung den Erfordernissen der Kinderbetreuung nicht nachkommen kann. Dagegen hatte ein Richter geklagt, er wollte bezahlten Urlaub von neun Monaten zur Betreuung seines Kindes nehmen.

- [Pressemitteilung des EuGH \(Langfassung\)](#) 

Europäischer Gerichtshof: Urteil zum Ausschluss von Sozialleistungen für EU-Bürger

Menschen aus anderen EU-Staaten, die in Deutschland Arbeit suchen, haben nicht automatisch einen Anspruch auf Sozialhilfe, urteilte der Gerichtshof der Europäischen Union am 15. September 2015. Werden EU-Bürger arbeitslos, nachdem sie weniger als ein Jahr in Deutschland berufstätig waren, haben für sechs Monate einen Anspruch auf Sozialhilfe. Der Ausschluss von beitragsunabhängigen Sozialleistungen ab dem siebten Monat ist mit dem EU-Grundsatz der Gleichbehandlung vereinbar. Dabei müsse der Staat auch nicht den Einzelfall prüfen, da bereits im Gesetz die persönlichen Umstände des Antragstellers berücksichtigt würden. Geklagt hatte eine Frau, die in Bosnien geboren wurde und die schwedische Staatsangehörigkeit besitzt. Sie hatte in Deutschland weniger als ein Jahr gearbeitet und Arbeitslosengeld-II erhalten. Das zuständige Jobcenter Berlin-Neukölln stellte später die Zahlung ein.

- [Pressemitteilung des EuGH \(Langfassung\)](#) 

Trilog zu Verfahrensgarantien für Kinder im Strafverfahren.

Am 03. September 2015 informierte die Berichterstatterin Caterina Chinnici (MdEP) im Europaparlaments-Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) über den Stand der Trilogverhandlungen zwischen Europaparlament, Kommission und Rat der Europäischen Union zur Richtlinie über Verfahrensgarantien für verdächtige und beschuldigte Kinder im Strafverfahren. Das Gesetzgebungsverfahren soll noch während der luxemburgischen Ratspräsidentschaft (bis Ende 2015) abgeschlossen werden. Die Institutionen haben sich bereits im Bereich der Sicherheit für Kinder in Strafverfahren geeinigt. Auch zum Informationsrecht haben die Verhandlungsführer eine Lösung entworfen, mit der die Kinder alle notwendigen

Informationen über ihre Rechte in jeder einzelnen Verfahrensphase erhalten. Zusätzlich sollen alle Personen, die am Strafverfahren minderjähriger Kinder beteiligt sind, geschult werden. Uneinigkeit besteht noch bei der Beweislastumkehr und bei medizinischen Untersuchungen. Chinnici betonte, dass der Grundsatz, dass jedes Kind Anrecht auf allgemeine medizinische Betreuung und nicht nur auf Notfallversorgung habe, Dank der parlamentarischen Verhandlungsführung gestärkt worden sei. Kontrovers diskutiert würden weiterhin die Regelung zum Rechtsbeistand für Kinder sowie der Anwendungsbereich der Richtlinie.

Europaparlament: Schriftliche Erklärung zu Investitionen in Kinder

Elf Abgeordnete des Europaparlaments haben eine Schriftliche Erklärung (Nr. 0042/2015) veröffentlicht, in der sie Kommission und Rat auffordern, verbindliche Ziele für die Verringerung der Armut und sozialer Ausgrenzung von Kindern in den Mitgliedstaaten aufzustellen. Es müsse eine politische Priorität sein, Kinder und ihre Familien im Rahmen von makroökonomischen Maßnahmen zu schützen und sie vor den allgemeinen Sparmaßnahmen zu bewahren. Ferner sollen die Mitgliedstaaten dringend aufgefordert werden, EU-Mittel sowie alle anderen verfügbaren Instrumente zu nutzen, um die Empfehlung der Kommission „Investitionen in Kinder: Den Kreislauf der Benachteiligung durchbrechen“ umzusetzen. Darüber hinaus wird die Kommission aufgefordert, einen Fahrplan zu erstellen und Indikatoren für das Wohlergehen von Kindern. Unterstützt wird die parlamentarische Initiative von Eurochild.

Bei einer Schriftlichen Erklärung handelt es sich um eine Absichtserklärung in Form eines Textes von maximal 200 Wörtern, der sich ausschließlich auf eine Angelegenheit beziehen darf, der in die Zuständigkeit der Europäischen Union fällt. Mindestens zehn Mitglieder aus mindestens drei Fraktionen können als Autoren eine schriftliche Erklärung verfassen und ihren Kollegen zur Unterzeichnung vorlegen. Wurde eine Erklärung drei Monate nach der Eintragung ins Register von der Mehrheit der Mitglieder des Europäischen Parlaments unterzeichnet, so wird sie im Protokoll veröffentlicht und zusammen mit den Namen der Unterzeichnenden an das in der Erklärung genannte EU-Organ weitergeleitet.

- [Schriftliche Erklärung Investitionen in Kinder](#) 

EESC: EU beginnt Debatte über sozialpolitische Grundsätze

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EESC) hat in seiner Plenarsitzung am 17. September 2015 unter Federführung von Prof. Dr. Bernd Schlüter eine Initiativstellungnahme angenommen, welche die Erarbeitung gemeinsamer sozialpolitischer Grundsätze fordert und hierfür erste konkrete Vorschläge macht. Ziel ist es, die gemeinsamen europäischen Werte, die vertraglichen Ziele des sozialen Zusammenhalts, der Armutsbekämpfung und der sozialen Marktwirtschaft zu fördern, das Ansehen der EU zu verbessern und Sozialmigration zu vermeiden. Vor dem Hintergrund der bestehenden Vielfalt der Sozialsysteme und empfiehlt das Papier u.a. vergleichbare Verfahren in den Mitgliedstaaten zur Feststellung der notwendigen Existenzsicherung anzuwenden sowie professionelle Leistungen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt, zur Jugendhilfe, Pflege etc. bereitzustellen.

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss ist ein beratendes Organ mit Initiativrecht, das die Europäischen Organe unterstützt. Er umfasst 350 Mitglieder Vertreter/innen von den Sozialpartnern, Wohlfahrtsverbänden und Verbraucherschutzorganisationen.

- [Initiativstellungnahme: Grundsätze wirksamer und verlässlicher Sozialleistungssysteme](#) 

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Tschechische Republik: Einheitliches Kinderschutzsystem angemahnt

Unabhängige nationale und europäische Kinder- und Menschenrechtsorganisationen haben sich in einem Offenen Brief an die tschechische Regierung gewandt und die Vereinheitlichung des Kinderschutzsystems gefordert. Die Tschechische Republik sei eines der letzten Länder der EU, dessen Kinderschutz uneinheitlich und fragmentiert sei. Angebote zur Unterstützung von Kindern und Familien werden derzeit von drei unterschiedlichen Ministerien reguliert: Dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, dem Gesundheitsministerium und dem Arbeits- und Sozialministerium. Infolge dieser Zersplitterung der Zuständigkeiten würden deutlich häufiger Kinder aus den Familien genommen und in öffentlichen Institutionen untergebracht als in anderen europäischen Staaten. Bereits seit 2009 hatte die Regierung wiederholt versprochen, das Kinderschutzsystem zu vereinfachen und zu vereinheitlichen, doch seien konkrete Schritte nicht unternommen worden. Die Kinderrechtsorganisationen fürchten nun, dass es auch in der nahen Zukunft keine Reform geben wird.

Frankreich: Petition für ein vegetarisches Schulmenü

Eine Petition des französischen Zentrumsabgeordneten Yves Jégo für die Einführung eines vegetarischen Alternativmenüs an Frankreichs Schulen hat am 2. September die notwendige Zahl von 100.000 Unterschriften erreicht. Seit Monaten gibt es in Frankreich eine öffentlich und gerichtlich geführte Debatte um ein alternatives Schulessen ohne Schweinefleisch. Für Frankreich ist das Thema umso brisanter, als die Trennung von Staat und Religion seit 1905 als Grundwert in der Verfassung verankert ist. Religion gilt allgemein hin als Privatsache. Religiöse Eltern schicken ihre Kinder daher vornehmlich auf entsprechende konfessionelle Schulen. Lediglich Kinder muslimischer Eltern besuchen mehrheitlich öffentliche Schulen.

Schweiz: Zusätzliche Unterstützung für die familienergänzende Kinderbetreuung

Der Bundesrat hat ein sog. Vernehmlassungsverfahren (Prüfung eines Vorschlags auf sachliche Richtigkeit, Vollzugstauglichkeit und Akzeptanz) über eine Änderung des Bundesgesetzes zu Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung eröffnet. Der Bundesrat schlägt in der Vorlage gezielte Finanzhilfen zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit vor. Die beiden Hauptziele sind geringere elterliche Kosten für die Drittbetreuung von Kindern und ein besser auf die Bedürfnisse der Eltern abgestimmtes Angebot, vor allem für schulpflichtige Kinder. Zur Finanzierung dieser neuen Finanzhilfen will der Bundesrat 100 Millionen Franken zur Verfügung stellen.

- [Pressemitteilung der Schweizer Regierung](#)

Österreich: Großeltern als Nachmittagsbetreuung die Regel- Angebote an Schulen fehlen

In einer Studie hat das Institut für Familienforschung im Auftrag von Familienministerin Sophie Karmasin 133 repräsentativ ausgewählte Kinder und deren Eltern über die Betreuungssituation jenseits des Schulunterrichts befragt. In knapp vierzig Prozent der Fälle kümmern sich Verwandte (zumeist die Großeltern) darum, 34 Prozent der Kinder gehen in den Hort, und 30 Prozent werden in der Schule betreut. Der Hort wird vor allem von jenen genutzt, die mehrere Tage in der Woche Betreuung in Anspruch nehmen, wohingegen informelle Betreuungspersonen (Verwandte und andere Personen) vor allem an 1-2 Tagen pro Woche Unterstützung leisten. Die Eltern bemängelten, dass vor allem Angebote der verschränkten Ganztagschule

(das sagen 66%) und von Tageseltern (58%) zu gering vorhanden wären.. Dennoch sind der überwiegende Teil der Eltern und der Kinder mit der Betreuungssituation grundsätzlich zufrieden.

- [Studie: Wie erleben Kinder ihre außerhäusliche Betreuung?](#) 

Schweiz: Übersicht über familienpolitische Positionen im Wahljahr 2015

Am 18. Oktober 2015 werden die Schweizer Bürgerinnen und Bürger im das Parlament neu wählen. Die Parteien haben ihre Schwerpunkte für die kommende Legislatur 2015-2019 veröffentlicht und dabei auch familienpolitische Forderungen formuliert. Der Dachverband der Schweizer Familienorganisationen ProFamilia und die Schweizerische Stiftung für die Familie haben die unterschiedlichen Positionen analysiert und verglichen.

- [Analyse durch ProFamilia](#) 
- [Analyse durch die Schweizerische Stiftung für die Familie](#)

Weitere Nachrichten

Vereinte Nationen beschließen Ziele für nachhaltige Entwicklung

17 neue globale Nachhaltigkeitsziele (SDG) wurden am 25. September 2015 einstimmig von den 193 UN-Mitgliedstaaten angenommen. Die 17 SDG und ihre 169 Unterziele sollen in den kommenden 15 Jahren erreicht werden. Sie umfassen alle Aspekte der nachhaltigen Entwicklung (Wirtschaftswachstum, soziale Integration und Umweltschutz) und lösen die sogenannten Millenniumsziele (MDG) ab. Im Gegensatz zu den MDG richten sich die SDG auch an die Industriestaaten. Die Ziele im Überblick:

1. Weltweite Beendigung der Armut in allen ihren Formen
2. Beendigung von Hunger, Erreichung von Ernährungssicherheit und verbesserter Ernährung und Förderung nachhaltiger Landwirtschaft
3. Sicherstellung von gesundem Leben und Förderung des Wohlbefindens aller Menschen jeder Altersgruppe
4. Sicherstellung einer inklusiven und gerechten Bildung von hoher Qualität und Förderung der Möglichkeit des lebenslangen Lernens für alle
5. Erreichen der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung aller Frauen und Mädchen
6. Sicherstellen der Verfügbarkeit und des nachhaltigen Managements von Wasser und sanitärer Einrichtungen für alle
7. Sicherstellung des Zugangs zu erschwinglicher, zuverlässiger, nachhaltiger und moderner Energie für alle
8. Förderung von kontinuierlichem, inklusivem und nachhaltigem Wirtschaftswachstum, produktiver Vollbeschäftigung und menschenwürdiger Arbeit für alle
9. Aufbau von belastbarer Infrastruktur, Förderung von inklusiver und nachhaltiger Industrialisierung und Innovation
10. Reduzierung der Ungleichheiten in und zwischen Ländern
11. Inklusive, sichere, belastbare und nachhaltige Städte und Siedlungen
12. Sicherstellen nachhaltiger Konsum- und Produktionsweisen
13. Ergreifen dringender Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandel und seiner Folgen
14. Erhaltung und nachhaltige Nutzung der Ozeane, Meere und Meeresressourcen für eine nachhaltige Entwicklung

15. Schutz, Wiederherstellung und Förderung der nachhaltigen Nutzung der terrestrischen Ökosysteme, nachhaltigen Bewirtschaftung der Wälder, Bekämpfung der Wüstenbildung, Stopp und Umkehrung der Landdegradierung und Stopp des Verlustes an biologischer Vielfalt
16. Förderung friedlicher und inklusiver Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung, Ermöglichen des Zugangs zu Rechtsmitteln für alle und Aufbau von effektiven, rechenschaftspflichtigen und inklusiven Institutionen auf allen Ebenen
17. Stärkung der Umsetzungsmittel und Wiederbelebung der globalen Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung

Ausbildungsprojekte für Flüchtlingskinder in der Türkei

Am 10.09.2015 hat der Europäische Regionale Treuhandfonds für die Syrienkrise zwei Projekte mit einem Gesamtvolumen von 17,5 Mio. Euro freigegeben. Die Projekte sollen 240.000 syrischen Flüchtlingskindern in der Türkei die Teilnahme an Schulunterricht und den Zugang zu einer Ausbildung ermöglichen. Zudem soll eine ausreichende Nahrungsmittelversorgung der Kinder erreicht werden. Um die Auszahlung der Mittel zu ermöglichen, wurden am 11.09.2015 zwei Verträge mit dem Kinderhilfswerk UNICEF und dem Welternährungsprogramm unterzeichnet. Außerdem wurden am 10.09.2015 rund 235,7 Mio. Euro aus dem Europäischen Nachbarschaftsinstrument bereitgestellt.

- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission](#)

Eurochild wurde beratender Status bei den UN eingeräumt

Ende August 2015 wurde Eurochild als eine von 40 Nichtregierungsorganisationen ein besonderer beratender Status bei den Vereinten Nationen eingeräumt. Damit kann sich Eurochild aktiv in die Arbeit der UN einbringen, an Sitzungen des ECOSOC (Economic and Social Council) teilnehmen, in Netzwerken zusammenarbeiten, schriftliche Stellungnahmen und Vorschläge einreichen und ihre Position mündlich vorbringen. Bereits seit Juli 2014 hat die COFACE diesen Beratungsstatus und hat seitdem erfolgreich Stellungnahmen eingereicht und an Konsultationsprozessen teilgenommen. Eurochild ist ein Netzwerk europäischer Organisationen und Partnerschaften (aus Polen, Schweden, den Niederlanden, Großbritannien, Irland, Griechenland und Bulgarien), dessen Hauptaufgabe darin besteht, die Rechte von Kindern zu fördern.

Luxemburg: Europäische Jugendkonferenz

Jugenddelegationen aus allen EU-Staaten sowie Jugendpolitiker/innen der EU diskutierten vom 21. bis 24. September in Luxemburg auf der dritten und letzten EU-Jugendkonferenz zum „Empowerment“. Nach einem 18-monatigen Arbeitszyklus und zwei EU-Jugendkonferenzen in Rom (Oktober 2014) und in Riga (März 2015) wurden 15 gemeinsame Empfehlungen für die „Übertragung von Verantwortung an die Jugendlichen hinsichtlich ihrer politischen Beteiligung am demokratischen Leben in Europa“ verabschiedet. Inhaltlich zielen die Empfehlungen unter anderem auf die Schaffung einer Beteiligungskultur in der Schule, Einbindung der Jugendlichen in politische Entscheidungsprozesse, Stärkung des Engagements von Entscheidungsträgern gegenüber Jugendlichen, Stärkung der Rolle der Jugendarbeit zur Übertragung von politischer Verantwortung an alle Jugendlichen, sowie die Entwicklung jugendgerechter Instrumente für die politische Teilhabe. Ergänzend dazu soll vor dem Ende des luxemburgischen Ratsvorsitzes Ende 2015 ein „Umsetzungshandbuch“ erarbeitet werden, in dem dargelegt wird, wie eine tatsächliche und umfassende politische Beteiligung erreicht werden kann. Die Forderungen werden im November 2015 dem Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs der EU übergeben.

- [Empfehlungen der Jugendvertreter und der Vertreter der Mitgliedstaaten](#)  

Europäischer Gewerkschaftsbund: Projekt - Sicher zu Hause, sicher am Arbeitsplatz

Ein neues Projekt des Europäischen Gewerkschaftsbundes EGB zur Prävention und Bekämpfung von Belästigung und Gewalt gegen Frauen am Arbeitsplatz startet am 1. November 2015. Ziel des Projektes ist es, eine Strategie der Gewerkschaften auf europäischer Ebene zu entwickeln, um Gewalt gegen Frauen zu eliminieren. Zugleich soll die Arbeit der Gewerkschaften gestärkt und präventive Maßnahmen gegen Gewalt und Belästigung von Frauen am Arbeitsmarkt veranlasst werden. Geplant sind die Erstellung einer Studie zum Thema sowie Interviews mit entsprechenden Expert/innen und eine Europäische Konferenz 2016.

Berichte und Studien

EU-Kommissionsberichte: Dritter europäischer Jugendbericht und Steuerung der Jugendgarantie

Am 15. September 2015 hat die Kommission den EU-Jugendbericht 2015 veröffentlicht. Der Bericht will die Lebenslagen junger Menschen in der EU möglichst umfassend beschreiben. Er behandelt insbesondere folgende Schwerpunktbereiche: Demografischer Wandel (Bildung und Ausbildung), Beschäftigung und Unternehmertum, Soziale Inklusion, Gesundheit und Wohlbefinden, Partizipation sowie Ehrenamtliches Engagement, Kultur, Kreativität und Jugend in der Welt.





Die Europäische Kommission dokumentierte in einem weiteren Bericht die vorbereitenden Maßnahmen des Europäischen Parlaments (European Parliament Preparatory Action, EPPA) zur Jugendgarantie und gibt Hinweise für die Implementierung vor Ort.

- [Artikel zum Dritten europäischen Jugendbericht](#)
- [Kurzbericht der Kommission zur Jugendgarantie](#)

Eurofound-Berichte: Soziale Inklusion junger Menschen und Zugang zu Sozialleistungen

Ein im September erschienener Bericht von Eurofound befasst sich mit den Folgen der Wirtschaftskrise für junge Menschen und deren soziale Inklusion in Europa. Er bezieht sich dabei insbesondere auf das erste Jahr des Bestehens der europäischen Jugendgarantie. Anhand von Fallstudien und erfolgreichen Initiativen aus 10 Ländern wird gezeigt, inwiefern die Jugendgarantie mit ihrem schnellen Interventionsschema und die Europäische Jugendstrategie 2010-2018 mit ihrem eher umfassenden Ansatz Wirkung entfalten konnten und die soziale Inklusion junger Menschen verbessert haben.

Ein zweiter Eurofound-Bericht widmet sich dem Umstand, dass viele Menschen in Europa nicht die Sozialleistungen erhalten, auf die sie einen Anspruch hätten. Dies trifft auf alle Länder und auf viele Leistungsarten zu. Der Bericht stellt dar, wo Diskrepanzen zwischen der Anspruchsberechtigung und der Inanspruchnahme von Sozialleistungen bestehen, und gibt einen Überblick über Probleme, auf die Menschen beim Zugang zu Leistungen stoßen.

- [Eurofound-Bericht zur sozialen Inklusion junger Menschen](#)  
- [Eurofound-Bericht zur Inanspruchnahme von Sozialleistungen](#)  

EuroHealthNet-Bericht: Will the 2015 CSR contribute to health equity?





EuroHealthNet veröffentlichte Ende August einen Bericht zur Frage, inwiefern die Länderspezifischen Empfehlungen zum Rentensystem, zur Kinder- und Familienförderung sowie zum Gesundheitssystem zur gesundheitlichen Gerechtigkeit beitragen könnten. Ein Ergebnis der Analyse: Bisher wurden Kinder und

Familien mit Blick auf Gesundheitsgerechtigkeit zu wenig beachtet. Maßnahmen, die in den Phasen der frühen Kindheit und des Erwachsenwerdens ansetzen, würden positive Effekte für die Sozialsysteme insgesamt haben, Kosten verringern und individuelles Wohlbefinden steigern. EuroHealthNet ist eine gemeinnützige Arbeitsgemeinschaft öffentlicher Organisationen, die auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene in Europa tätig sind. Sie unterstützt den Aufbau gesünderer Gemeinschaften und die Bekämpfung gesundheitlicher Ungleichheit in und zwischen den europäischen Staaten.

- [EuroHealthNet: Bericht](#) 

FEMM-Berichte: The Policy of Gender Equality in Sweden und Ireland (update 2015)

Im Auftrag des FEMM–Ausschusses des Europaparlaments untersuchen zwei Berichte die jüngsten Veränderungen (2012-2015), gesetzlichen Neuregelungen und Praktiken in Irland und Schweden hinsichtlich Geschlechtergerechtigkeit. Einbezogen werden dabei Entscheidungsfindungsprozesse, Vereinbarkeitsfragen, Geschlechterrollen und –stereotype sowie beruflicher Aufstieg und geschlechtsbezogene Gewalt.

- [The Policy on Gender Equality in Ireland](#)  
- [The Policy on Gender Equality in Sweden](#)  

OECD- Bericht zum Einsatz von Computern an Schulen

Im Rahmen des PISA-Programms hat die OECD am 15. September 2015 einen Bericht zum Einsatz von Computern in Schulen herausgegeben, der untersucht, in wieweit damit die Lernergebnisse verbessert werden können. Die Studie belegt, dass substantielle Investitionen in Computertechnik im Bildungsbereich nicht zwingend zu besseren Ergebnissen beim PISA-Test führen. Laut OECD scheint eine moderate Nutzung von Computern in der Schule insgesamt zu besseren Lernergebnissen zu führen, während die häufige Nutzung eher zu schlechten Ergebnissen führt. In 2012 hatten 96 Prozent der untersuchten 15-Jährigen einen Computer zuhause, doch nur 72 Prozent benutzten einen in der Schule.

- [Artikel zum OECD-Bericht Computer an Schulen](#) 
- [OECD-Bericht zu Deutschland](#)  

FRA-Studie: EU-Agentur für Grundrechte zur medizinischen Behandlung von Migranten

Die Mitgliedstaaten müssten für die Gesundheit von Migranten weniger ausgeben, wenn diese früher behandelt statt später notversorgt würden. Eine aktuell vorgestellte Studie der EU-Agentur für Grundrechte (FRA) untersucht diese Frage anhand der Behandlung von Bluthochdruck und Schwangerschaftsvorsorge bei irregulären Migranten in Deutschland, Griechenland und Schweden. Eine bessere Schwangerschaftsvorsorge beispielsweise könnte innerhalb von zwei Jahren zu Einsparungen von bis zu 48 Prozent in Deutschland und Griechenland und von 69 Prozent in Schweden führen.

- [Artikel zur FRA-Studie medizinische Behandlung von Migranten](#)

EIGE-Report zum Risiko von Genitalverstümmelung bei Mädchen in der EU

Dieser EIGE-Report beschäftigt sich mit der gegenwärtigen rechtlichen und politischen Lage in den EU-Mitgliedstaaten sowie den unterschiedlichen Zugängen und Methoden der jeweiligen Risikoeinschätzung. Die Studie beschreibt, dass die präventiven Strategien zur Vermeidung weiblicher Genitalverstümmelung

effektiv sind und ihr Erfolg insbesondere von der Kooperation zwischen staatlichen Stellen und betroffenen Communities abhängt.

- [EIGE-Bericht Estimation of girls at risk of female genital mutilation](#)  

EIGE: Gender-Equality-Index

Lässt sich die Gleichstellung von Frauen und Männern mit Punkten benoten? Ja, sagt das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) und hat einen Gender-Equality-Index entwickelt, der zunächst auf Daten von 2005 und 2010 basierte. Jetzt wurde er bis 2012 fortgeschrieben.

- [Artikel zum Gender-Equality-Index](#)

Bevorstehende Veranstaltungen

Datum/ Ort	Titel der Veranstaltung	Veranstalter
2.-4. Okt. 2015 Madrid, Spanien	Inclusion Europe conference: Hear Our Voices – European conference of self-advocates	EPSA
9. Okt. 2015 Brüssel, Belgien	Conference " Can the Semester deliver on Poverty & Participation? "	EAPN
6. Nov. 2015 Sofia, Bulgarien	European Conference: " Families beyond borders - What is the impact of migration on families? "	COFACE
25. Nov 2015 Bern, Schweiz	Zweiter Nationaler Vereinbarkeitsgipfel/ Family Score Verleihung	ProFamilia
2.-4. Dez. 2015 Galway, Irland	Galway School 2015 Child Rights in Practice and Research	UNESCO Child and Family Research Centre
22. Okt. Paris, Frankreich	Investing in children: building a society which respects their rights	Solidarité Laïque / Eurochild
22.-25. Aug. 2016 Wien, Österreich	33. FICE Kongresses und 2. CYC Weltkonferenz " Together Towards a Better World for Children, Adolescents and Families "	FICE

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).